

Protokoll:	Verwaltungsausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrifts-Nr	600 6
		TOP:	
	Verhandlung	Drucksache:	1294/2011
		GZ:	WFB

Sitzungstermin:	14.12.2011
Sitzungsart:	öffentlich
Vorsitz:	EBM Föll
Berichterstattung:	OB Dr. Schuster, EBM Föll
Protokollführung:	Herr Häbe st
Betreff:	Jobcenter Stuttgart - Geschäftsplan 2012

Vorgang: Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen vom 25.11.2011, öffentlich, Nr. 179

Ergebnis: Vertagung

Beratungsunterlage ist die dieser Niederschrift angeheftete Vorlage des Referats Wirtschaft, Finanzen und Beteiligungen vom 28.11.2011, GRDRs 1294/2011.

Nachdem zu Beginn der Sitzung darüber Einvernehmen hergestellt worden ist, diesen Tagesordnungspunkt ohne Aussprache zur Abstimmung zu stellen, stimmte der Verwaltungsausschuss dem Beschlussantrag auch ohne Aussprache einmütig zu (siehe unten).

Im Verlauf der weiteren Sitzung fragt StR Kanzleiter (SPD) nach, ob dem Oberbürgermeister der Vorgang aus dem Jugendhilfeausschuss vom 12.12.2011, öffentliche Niederschrifts-Nr. 113 bekannt ist. Dort ist im Rahmen der Aussprache zum Tagesordnungspunkt "Übergangsmanagement Schule/Beruf der Landeshauptstadt Stuttgart", GRDRs 540/2011, mehrheitlich dem Antrag von StR Reißig (SPD) gefolgt worden, dass in der heutigen Verwaltungsausschusssitzung die verschiedenen Konzeptionen der Verwaltung zum Thema Übergangsmanagement Schule/Beruf vorzulegen sind.

Ihm, so der Oberbürgermeister, sei dieser Vorgang bekannt. Es gehe um die Frage, wie die verschiedenen Partner mit ihren unterschiedlichen Angeboten besser vernetzt, koordiniert und auch in einem gewissen Umfang gesteuert werden können. Bekanntlich gebe es dazu eine Untersuchung des Deutschen Jugendinstituts. Die Verwaltung habe sich unter anderem überlegt, ob dafür eine eigene Netzwerkstruktur beim Jugendamt notwendig wird.

Darauf, dass zu diesem Thema eine Antwort der Verwaltung in Form einer Vorlage des Oberbürgermeisters an den Gemeinderat ausgeteilt worden ist, weist EBM Föll hin. Das Thema stehe zudem auf der Tagesliste für die 3. Lesung des Doppelhaushaltsplanentwurfs 2012/2013.

EBM Föll stellt fest:

Der Verwaltungsausschuss stimmt dem Beschlussantrag ohne Aussprache einmütig zu.

zum Seitenanfang